

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringergeld 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Schicksal der Deutschen Werke. Verhandlungen der Gewerkschaftsvertreter mit Kollé.

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich), des Gewerkschaftsrings (Christlich-Deutscher) und des IFA-Bundes hatten den Vorsitzenden der internationalen Militärkommission, General Kollé, gebeten, eine gemeinsame Abordnung zu empfangen, um im Namen von 13 Millionen organisierter Arbeiter Vorstellungen wegen des Vorgehens der Entente gegen die Deutschen Werke zu erheben. General Kollé erklärte sich sofort zum Empfang bereit. Die Kommission konnte gestern, wie die P. W. N. erfahren, in einer zweifelhafte Unterhaltung dem General die Auffassung der deutschen Arbeiter sagen, während der General die Gründe für das Verhalten der Entente der Arbeiterkommission erläuterte. Man hofft, daß diese Aussprache nicht ohne Einfluß auf das Schicksal der Deutschen Werke sein wird. Die Kommission wurde auch vom englischen und italienischen Botschafter, sowie vom amerikanischen Geschäftsträger empfangen.

### Eine Kundgebung der Betriebsräte.

Berlin, 18. November. (M. W.) Die in Berlin versammelten Betriebsräte aller zu den Deutschen Werken A. G. gehörenden Betriebe haben folgende Entschlüsse gefaßt: „Wir erheben entschieden Protest gegen die Forderungen, die die internationalisierte Militär-Kontrollkommission neuerdings an die Deutschen Werke A. G. gestellt hat. Die Auffassung oder Behauptung, in den Betrieben der Deutschen Werke A. G. könne in kürzester Frist wieder Kriegsgerät hergestellt werden, ist völlig unbegründet, da weder die noch vorhandenen technischen Einrichtungen dazu verwendet werden können, noch die Arbeiterschaft gewillt ist, Kriegsgerät herzustellen. Bereits im Dezember 1918 haben die Arbeiter der ehemaligen Heeres- und Rüstungsbetriebe auf einem Kongreß der Rüstungsarbeiter beschlossen, jedwede Fabrikation zu Kriegs- und Rüstungszwecken einzustellen. Die Betriebsräte der Deutschen Werke A. G. werden etwaige Versuche, die Betriebe für Kriegs- und Rüstungszwecke wieder nutzbar zu machen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern wissen. Mit derselben Entschiedenheit wenden sie sich gegen alle Bestrebungen, welche dazu ansetzen, die nur auf Friedensarbeiten eingestellten Betriebe in Fahrgelände. Die Betriebsräte erklären sich mit allen bisher unternommenen Abwehrmaßnahmen ausdrücklich einverstanden. Sie beauftragen die Gewerkschaften, auch ihrerseits weiter alles zu tun, um die der deutschen Volkswirtschaft drohenden Gefahren abzuwenden und insbesondere die ausländischen Bruderorganisationen gegen die geplanten Zerkündermaßnahmen zu protestieren aufzurufen. Die Betriebsräte erwarten bestimmt von General Kollé wie von dem Botschafter, daß die restlose Aufhebung der bereits getroffenen Bestimmungen.“

### Eine neue deutsche Protestnote.

Der Berliner Lokal-Anzeiger veröffentlicht den Text einer deutschen Protestnote, die bereits der Botschafterkonferenz überreicht sein dürfte. Die Note wendet sich gegen die Note der internationalisierten Militär-Kontrollkommission vom 20. Juli, die den Bau von drei schnelllaufenden Dieselmotoren bei der Firma Benz in Mannheim mit der Begründung verbietet, daß diese Motoren Unterseebootsmotoren und Kriegsmaterial seien. Die Kommission hat die Fertigstellung der Maschinen unterlagert und diese als Verletzung des Friedensvertrages bezeichnet. Die deutsche Note erklärt, daß die deutsche Regierung die Forderung der Kommission nicht als berechtigt anerkennen vermag, da die Motoren von der Firma neu für gewerbliche Zwecke hergestellt wurden und daher keine Friedensmaschinen seien.

## Die Kreditpläne der Industriellen und Banken.

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.) Ueber die Beratungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die streng geheim gehalten sind, erfährt die Börsische Zeitung, daß der gestrige Sitzung auch bevollmächtigte Vertreter der deutschen Bankwelt beigewohnt hätten. Ueber das Ergebnis dieser Sitzung wird stillschweigend beobachtet, doch steht fest, daß nach teilweise lebhaften Verhandlungen beschlossen wurde, ein sowohl von den Vertretern der Industrie als auch von der Bankwelt unterzeichnetes Schreiben an den Reichskanzler zu richten. Dieses Schreiben, in dem sich die Industrieproprietäre im wesentlichen wieder zu dem ursprünglichen Münchner Beschluß des Reichsverbandes zurückfinden, wird von den beteiligten Kreisen als eine „geeignete“ Grundlage zur Weiterführung der Kreditaktion und für Verhandlungen wegen Aufnahme eines Kredites betrachtet. Dasselbe Blatt läßt sich von London melden, daß Hugo Stinnes erwartet wird. Er werde dort von wichtigen Stellen empfangen. Die Januar- und Februarzinsen müssen gezahlt werden.

## Die Reparationskommission reißt ab.

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Reparationskommission hat ihre Arbeiten beendet und wird wahrscheinlich im Laufe des heutigen Tages abreisen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die Ententemächte auf

die ordnungsmäßige Erfüllung der Reparationsraten am 15. Januar und 15. Februar bestehen. Die Kommission ist der Ansicht, daß die deutsche Regierung die nötigen Beiträge von der deutschen Industrie verlangen könne.

Weiterhin wird gemeldet, daß die Reparationskommission damit beschäftigt sei, ein Gutachten über die wirtschaftliche Lage Deutschlands auszuarbeiten. Das Gutachten will den Nachweis führen, daß die allgemeine Wirtschaftslage Deutschlands die Erfüllung der im Londoner Ultimatum übernommenen Verpflichtungen ermögliche. Dann beschließt sich das Gutachten mit dem augenblicklichen Marktzustand und mit den Möglichkeiten, andere Zahlungsmethoden zu finden.

## Die Hundertschaft z. b. V. aufgelöst.

Berlin, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten ist die in Berlin nationalisierte berüchtigte „Hundertschaft“ zur besonderen Verwendung“ am Freitag aufgelöst worden. Die Auflösung erfolgte auf Grund des Ergebnisses, das die letzten Verhandlungen gegen Schupo-Beamte wegen Mißhandlung zutage gefördert hat und das ein helles Licht auf die trüben Verhältnisse innerhalb der genannten Hundertschaft warf.

Die Polizeibeamten werden, soweit sie sich zum Polizeidienst überhaupt noch eignen, in andern Stellen innerhalb der Schupo Verwendung finden. Die Anordnung des Polizeipräsidenten erfolgte auf Veranlassung des preussischen Ministers des Innern.

## 1584 Mark Steuern pro Kopf.

Berlin, 18. November. (M. W.) Im Steueransehen des Reichstags gab am heutigen Freitag Ministerialdirektor Dr. Popitz Erläuterungen zu den zahlreichen Uebersichten, die den Abgeordneten von der Regierung überreicht worden waren. — Eine Uebersicht über die Steuerlasten in Deutschland unter Berücksichtigung der neuen Steuergeheimwürfe zeigt die Einnahmen an Reichssteuern nach dem Entwurf zum Haushaltsplan der allgemeinen Finanzverwaltung für das Jahr 1922. Danach würde die Gesamtheit der aufgeführten Steuern rund fünfundsundneunzig Milliarden Mark pro Jahr betragen. Die Gesamtbelastung pro Kopf würde 1583,80 Mk. ausmachen.

Im einzelnen kommen nach dem Entwurf zum Haushalt für 1922 folgende Reichssteuer-Einnahmen in Betracht:

- Einkommensteuer 23 Milliarden Mark,
- Körperschaftsteuer 4 Milliarden Mark,
- Kapitalertragssteuer 1 Milliarde 430 Millionen Mark,
- Reichsnotopfer 8 Milliarden Mark,
- Wohlfahrtssteuern 20 Millionen Mark,
- Erbchaftsteuer 700 Millionen Mark,
- Umsatzsteuer (ohne Zugzugsklassensteuer) 24 Milliarden Mark,
- Zugzugsklassensteuer 500 Millionen Mark,
- Grundwerbsteuer 550 Millionen Mark,
- Kapitalverkehrssteuern:
  - a) Gesellschaftsteuer 1 067 350 000 Mark, b) Wertpapiersteuer 117 850 000 Mark,
  - c) Verrentungsteuer 1 075 300 000 Mark, d) Ausschüttungssteuer 50 300 000 Mark,
  - e) Gewerbesteuer 50 000 000 Mark,
  - Kraftfahrzeugsteuer 125 Millionen Mark,
  - Versicherungssteuer 330 Millionen Mark,
  - Kennzeichensteuer 215 Millionen Mark,
  - Lotteriesteuer 60 Millionen Mark,
  - Wohlfahrtssteuer 30 Millionen Mark,
  - Stempel von Frachtkunden 100 Millionen Mark,
  - Abgaben vom Personenverkehr 1 Milliarde Mark,
  - Abgaben vom Güterverkehr 1 Milliarde 600 Millionen Mark.
  - Zuwachssteuer, Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, außerordentliche Kriegsabgaben 1919, außerordentliche Kriegsabgaben 1918, Zuschläge zur außerordentlichen Kriegsabgabe 1916, Kriegsabgabe 1916, Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit, zusammen 3 Milliarden Mark,
  - Zölle 4 Milliarden 700 Millionen Mark,
  - Kohlensteuer 10 Milliarden 150 Millionen Mark,
  - Tabaksteuer 3 Milliarden 500 Millionen Mark,
  - Biersteuer 1 Milliarde Mark,
  - Weinsteuer 500 Millionen Mark,
  - Schaumweinsteuer 100 Millionen Mark,
  - Mineralwassersteuer 60 Millionen Mark,
  - aus der Branntweinverwertung 1 Milliarde 748 Millionen Mk.,
  - Eisfabrikationsabgabe 47 200 000 Mark,
  - Zuckersteuer 1 Milliarde Mark,
  - Salzsteuer 60 Millionen Mark,
  - Zündwarensteuer 110 Millionen Mark,
  - Beuchmittelssteuer 60 Millionen Mark,
  - Zigarettensteuer 10 Millionen Mark,
  - staatliche Gebühre 13 Millionen Mark,
  - aus dem Süßstoffmonopol 100 Millionen Mark,
  - Ausfuhrabgaben, soweit sie von Zollstellen erhoben werden, 700 Millionen Mark.

Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung wird der Zollzuschlag, der am 20. Oktober auf 100 Prozent festgesetzt worden war, in den nächsten Tagen auf 300 Prozent erhöht werden. Diese Erhöhung des Zuschlags, der auf die in Goldmark festgesetzten Zollsätze erhoben wird, bedeutet eine reichliche Verdoppelung der auf die einzuführenden Waren erhobenen Zölle, nachdem der Zuschlag erst vor vier Wochen von 900 auf 1000 Mark erhöht worden war.

## Deutsche Faschisten.

In Italien haben die Klassenkämpfe in den letzten Jahren besonders scharfe Formen angenommen. Sie werden gekennzeichnet durch die Bildung und das Eingreifen der Faschistenbünde, die sich besonders nach der bekannten Aktion und der Besetzung der Betriebe durch die Arbeiter stark ausgebreitet haben und nach den Berichten auf dem letzten Faschistenkongreß jetzt 2200 Ortsgruppen mit 320 000 eingeschriebenen Mitgliedern zählen. In welchen Formen und mit welchen Mitteln die Faschisten, diese nationalfaschistischen Kampforgane der Bourgeoisie den Kampf gegen die sozialistische Arbeiterschaft führen, haben wir oft genug berichtet. Obwohl der Faschismus seit kaum zwei Jahren besteht, zeugen die Leichen von Hunderten von ermordeten Proletariern und Dutzende Ruinen von niedergebrannten Volkshäusern, Arbeiterheimen und zerstörten sozialistischen Druckereien von den barbarischen Kampfmethoden und der vandalischen Zerstörungswut der faschistischen Mord- und Brandstifterbänden. Den Bürgerkrieg mit den brutalsten Mitteln zu führen, das ist die Aufgabe der italienischen Faschisten.

In Deutschland haben wir in den seit der Revolution im November 1918 verflochtenen drei Jahren auch blutige Kämpfe erlebt. Hier wurden aber die Schlachten gegen die Arbeiter im wesentlichen von den Organen des Staates, von der Reichswehr und der Polizei, geschlagen. Die deutsche Bourgeoisie konnte sich deshalb darauf beschränken, diese Preisrichter des Kapitals nach Kräften materiell und moralisch zu unterstützen. Diese Tätigkeit war für das deutsche reaktionäre Bürgertum bequemer und ungefählicher. Sie gab ihm außerdem die Möglichkeit, sich als Gegner des blutigen Terrors und des Bürgerkriegs hinzustellen. Die Organisation der Organe und anderer bewaffneter Vereinigungen strafen die Heuchler zwar blühen, aber selbst Stinnesparteilern und Deutschnationalen fanden doch viel Gläubige und Anhänger, wenn sie sich als die Friedlichen ausgaben und von Verblendung und Verhöhnung redeten. Als sich die Rechtssozialisten in Görlich für die glorreiche „Politik der Mitte“ entschieden, begründeten sie ihren Beschluß mit dem Hinweis, daß man den Bürgerkrieg vermeiden müsse. Die „vernünftigen“ Stinnesparteilern — und das war nach der Behauptung der rechtssozialistischen Führer die große Mehrheit — sollten für die Veröhnungspolitik gewonnen, die „unvernünftigen“ Elemente sollten abgestoßen, die extremen Rechtsparteiler, die Deutschnationalen, sollten isoliert und einflußlos gemacht werden. Die Vorgänge während der letzten Wochen haben gezeigt, wie falsch diese Spekulation war. Nicht eine Spaltung, sondern ein fester Zusammenschluß der Stinnesparteilern war die Folge des Görlicher Beschlusses. Mit Recht konnten deutschnationale Blätter feststellen, daß eine wesentliche Annäherung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen stattgefunden hat und die Offensive der Industriellen hat ja bewiesen, daß die Stinnesparteilern in geschlossener Front mit den Deutschnationalen den Kampf für die unbeschränkte Herrschaft der Bourgeoisie führen wollen. Diese Tatsache muß sich das deutsche Proletariat vor Augen halten, wenn gerade jetzt, wo die schwersten Kämpfe mit der bürgerlichen Reaktion bevorstehen, ein führendes deutschnationales Blatt dem deutschen Bürgertum den italienischen Faschismus als leuchtendes Vorbild hinstellt.

Die Deutsche Zeitung bringt im Anschluß an den kürzlich in Rom stattgefundenen Faschistenkongreß einen langen Artikel ihres italienischen Vertreters, zu dem die Redaktion des deutschnationalen Blattes ausdrücklich ihr volles Einverständnis erklärt. In dem Artikel wird ein Vergleich gezogen zwischen der Tätigkeit und den Erfolgen der Faschisten in Italien und der Alldutschen in Deutschland. Mit großem Bedauern wird festgestellt, daß der Faschismus in Italien während seiner erst zweijährigen Betätigung viel größere Erfolge errungen und sich einen viel bedeutenderen Einfluß verschafft habe, als die Alldutschen während ihrer 30jährigen Tätigkeit in Deutschland. Die Faschisten seien zuzugaben die Schüler der Alldutschen, aber sie hätten diesen den Rang abgelassen und heute ständen sie als leuchtendes Beispiel da.

In den höchsten Tönen, geradezu mit Bewunderung, werden dann die prächtigen Eigenschaften und das segensreiche Wirken der Faschisten gepriesen. Bewundernd schreibt der Verfasser des Artikels von der „reinen Entschlossenheit“ und der „rückwärtslosen Sicherheit“ seiner Führer und Anhänger, von ihrer Kampfkraft und ihrer „lachenden Kampfesfreude“, von ihrer „Zuchtlosigkeit“ vor der Regierung und der Staatsform“ und ähnlichem mehr. Als „Befreier“ und „Züchtiger der Masse“ werden die Nordbrenner gefeiert. Als besonders rühmlich hebt der Artikelschreiber die „lebendige imperialfaschistische Ausbreitungsbewegung“ hervor, sowie die „restlose Gegnerschaft gegen Sozialisierung und Marxismus, der gemäß man sogar am liebsten Eisenbahn und Post in Privatbetrieb gäbe.“ (Welch aufblasende Geistesverwandtschaft mit den deutschen Stinnesleuten!) In dauernder Angst und Ratlosigkeit sollen die italienischen Sozialisten durch die Faschisten verfehrt werden sein. Und mit „Stimmen und Bitternis“ fragt der Alldutsche